

BürgerInnenbrief **Mitte**

19. August 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Themen: +++ Shared Space +++ Kapernaumkirche +++ 100 Tage +++ Litfaßsäule +++ Metropolis +++ Bürgerbüros

»Shared Space«: Nicht genaues weiß der Senat...



»Shared Space« auf der Langen Reihe?

Die vor allem von der GAL lancierte und in den Medien geführte Debatte um die Einführung des Projekts »Shared Space« geht weiter. Nach meinem letzten BürgerInnenbrief vom 31. Juli habe ich eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, wie denn der Stand der Umsetzung gediehen sei, vor allem im Bezirk Mitte. In der Antwort vom 12. August heißt es lapidar: »Gegenwärtig existieren weder ein Zeitplan für die Realisierung noch eine Kostenaufstellung oder eine konkrete Aufstellung weiterer potenziell in Betracht kommender Straßen« (Drucksache 19/871). Es wird also viel Wind gemacht um ein Konzept, das sich offenbar mal gerade in der ersten Planungsphase befindet. Doch machen wir uns nichts vor, die Realisierung von jeweils einer Shared-Space-Zone pro Bezirk (im Bezirk Mitte voraussichtlich zwei) ist in den Koalitionsverträgen des Senats und u.a. auch des Bezirks Mitte festgeschrieben,

dürfte also innerhalb der Legislaturperiode angepackt werden. Wie das allerdings finanziert werden soll, steht in den Sternen. Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk führte bei einer Podiumsdiskussion am 20. Juli in St. Georg aus, dass für sämtliche Projekte dieser Art maximal ein einstelliger Millionenbetrag zur Verfügung stände; aber alleine der aufwändige Umbau der Langen Reihe ist nach Meinung von StadtteilexpertInnen mit zwei bis vier Millionen Euro zu beziffern...

Neben der offensichtlichen Finanzierungslücke ist für mich vor allem das ins Auge springende Desinteresse an den problematischen Seiten von »Shared Space« bemerkenswert. Auf meine Kleine Anfrage, was dem Senat denn bezüglich der kurz-, mittel- und langfristigen Konsequenzen über die rein verkehrlichen Aspekte hinaus bekannt sei, antwortet dieser, dass »den zuständigen Behörden bislang keine Erkenntnisse

über die Auswirkungen von Shared-Space-Projekten u.a. auf die Mieten, Bodenpreise und das örtliche Kleingewerbe« vorlägen. Im Klartext: Da wird mit großem medialem Aufwand ein Verkehrsprojekt auf den Weg gebracht und gleichzeitig dessen soziale Dimension für die unmittelbar Betroffenen nicht untersucht. Das nennt sich vielleicht Verkehrspolitik, eine integrierte Stadtentwicklungspolitik ist das jedenfalls nicht.

Was bedeutet die Einführung von »Shared Space« für die jeweilige Straße (womöglich auch noch für die nähere Umgebung)? Auf den ersten Blick einen neuen Bewegungsraum, den sich FußgängerInnen, Rad- und AutofahrerInnen gemeinsam, gleichzeitig und gleichberechtigt teilen. Soweit d'accord! Die Folge für so belebte Straßen wie die Lange Reihe wäre die weitere Zunahme des Flanierpublikums, damit der (Außen-)Gastronomie und zugleich ein Garant für das schnelle Anwachsen des Wertes von Grund und Boden. Dies wiederum würde das Absterben der letzten kleinen Ladengeschäfte beschleunigen, und natürlich ist auch mit einem Anstieg der Mieten zu rechnen. Der »Erfinder« von Shared Space, der Holländer Piet Mondermann, sprach auf einer Veranstaltung vor gut einem Jahr von einer anderswo beobachtbaren Verdoppelung der Mieten innerhalb von fünf Jahren!

Warum sollen sich Mieterschaft und Kleingewerbe für ein Projekt engagieren, dessen Auswirkungen sie innerhalb weniger Jahre verdrängen würde? Warum machen sich der Senat und die zuständigen Behörden nicht mehr Gedanken darum, wie der Schutz der ansässigen Bevölkerung gewährleistet werden kann? Warum verweigern SPD, GAL und CDU im Bezirk Mitte seit mehr als einem Jahrzehnt so vehement die Einführung einer sozialen Erhaltungssatzung in St. Georg? Wen möchte man hier verdrängen und wen durch gezielte Aufschickungsmaßnahmen und unreflektierte Konzepte heranziehen?

Über »Shared Space« in Straßenzügen, die eine Verkehrsberuhigung einerseits und eine kulturelle Belebung andererseits gut gebrauchen könnten, mag man nachdenken (z.B. auf dem Steindamm); auf der Langen Reihe ist sie überflüssig und für die heute hier Ansässigen kontraproduktiv. Auf jeden Fall ist vom Senat und allen Bezirken (nicht zuletzt auch der GAL) zu erwarten und zu fordern, sich um die Belange der Menschen vor Ort mehr zu sorgen und ihren Schutz vor Verdrängung stärker zu gewichten. Wir werden als LINKE nicht aufhören, sie beständig an diese sozialen Verpflichtungen zu erinnern.

Kapernaumkirche in Horn verrottet langsam



Rottet langsam vor sich hin: die ehemalige »Kapernaumkirche« in Horn

Zu den Dingen, die mich als Bürgerschaftsabgeordneten sowie meinen wissenschaftlichen Mitarbeiter beschäftigen, gehören die Anfragen und Hinweise von BürgerInnen. Sie melden sich bei mir persönlich, schreiben Briefe bzw. Mails oder

wenden sich an die Fraktion. Da ich neben der Haushaltspolitik zuständig bin für die Bereiche Verkehr, Wohnen, Stadtentwicklung und Sport werde ich oft mit Anliegen aus den Stadtteilen, vor allem auch aus meinem Wahlkreis (im Be-

reich Hamburg-Mitte) konfrontiert. Meist handelt es sich um Dinge, mit denen ich mich selbst erst einmal auseinandersetzen muss, aber ich habe mir vorgenommen, alle Fragen und Vorschläge zu bearbeiten und in angemessener Form darauf zu reagieren.

In der letzten Woche erreichte mich zum Beispiel der Hinweis einer Bürgerin, die sich über den Zustand der vor sich hinmodernden Kapernaumkirche in Hamburg-Horn beschwerte. Diese von 1958 bis 1961 unter Leitung von Dr. Otto Kindt in der Sievekingsallee 191 erbaute Kirche gilt seit 1998 als »schutzwürdiges Denkmal«, wurde aber Anfang 2005 von der evangelisch-lutherischen Kirchenleitung wegen rückläufiger Kirchensteuereinnahmen und der dadurch notwendig gewordenen Gemeindefusionierungen verkauft. Geplant war ursprünglich, die bestandsgeschützte Kirche zum Kindertagesheim umzu-, und das Gelände mit einer großen Seniorenresidenz zu bebauen. Bis heute ist das Investorenduo – ein Herr von Stemm und die Lübecker Senator-Gruppe – noch keinen wirklichen Schritt weiter: Zur Rennbahnstraße klafft

seit langem eine Baugrube, das Gelände um die Kirche verwildert zusehends und das Kirchengebäude selbst modert mehr oder weniger vor sich hin. Es stellt sich die Frage, warum Bezirk und Denkmalschutzamt nicht stärker darauf einwirken, dem unmöglichen Zustand ein Ende zu setzen: die Regenablaufrihren sind teilweise entwendet worden, dadurch kann das Regenwasser leichter ins Mauerwerk eindringen. Auch die teilweise eingeschlagenen Kirchenfenster dürften der Sicherung des Gebäudes – seiner Substanz und dem Zustand im Innern – eher abträglich sein.

Mit einer Kleinen Anfrage an den Senat will ich die behördlichen Stellen auf die Problematik aufmerksam machen und mir selbst natürlich weitere Informationen beschaffen. In Zusammenarbeit mit der Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte müssen dann ggfs. weitere Schritte angegangen werden. Als Opposition sind unsere Möglichkeiten begrenzt, wir können jedoch auch diese Angelegenheit »ins Rollen« bringen.

Die Mühen der Ebene

In der Regel werden Regierungen 100 Tage nach ihrem Start einem politischen Check unterzogen. Das bundesweit erste Regierungsbündnisses von CDU und Grünen auf Landesebene erhält in diesem Praxistest überwiegend positive Wertungen. In der Hamburger Presse wird ein ungenannter Politiker des linken SPD-Flügels mit der Einschätzung zitiert: »Es gibt nicht viel zu meckern. Die machen eine verdammt gute rot-grüne Politik.«

Das ungewöhnliche Bündnis hat in der politischen Öffentlichkeit und auch bei vielen WählerInnen Charme – nicht nur durch den Reiz des Neuen, sondern auch durch die Bereitschaft, die alten Schützengräben zu verlassen. Die Protagonisten – allen voran Bürgermeister Ole von Beust für die CDU und Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) – stehen für einen offenen und modernen Politikstil und punkten damit.

Es gibt allerdings Hinweise, dass es eine Reihe von Nebenabsprachen zum offiziell zugänglichen Koalitionsvertrag gibt, die Sprengkraft für das Bündnis besitzen: es geht um das Möbelhaus Höffner und das umstrittene Kohlekraftwerk Moorburg. Die Koalitionspartner sollen sich darauf verständigt haben, die Investitionen mit Hilfe hoher bürokratischer Hürden zu verhindern.

Fakt ist, dass in der schwarz-grünen Koalition neue Akzente gegenüber den vorgegangenen CDU-Regierungen erkennbar sind. Ein wichtiges Beispiel: Migrations- und Flüchtlingspolitik. Innensenator Ahlhaus unterstreicht für die CDU-Führung, dass in der Flüchtlingspolitik in den vergangenen Jahren vieles nicht optimal gelaufen sei. Die CDU habe einen Lernprozess durchgemacht. Deutschland sei faktisch ein Einwanderungsland, es müsse in der CDU programmatisch festgelegt werden, was das politisch konkret bedeutet.

Änderungen gibt es im Bereich der Bildungspolitik (Abschaffung der Hauptschule, Einführung der Primarschule)

und – trotz des noch ungeklärten Projekts Kraftwerk Moorburg und der beschlossenen Elbvertiefung – auch im Bereich der Klima- und Umweltpolitik. Es ist wichtig diese Veränderungen zu registrieren. Die CDU und ihre neoliberalen Think Tanks wissen, dass angesichts der wachsenden sozialen Spaltung und der fortgeschrittenen Degitimierung der sozialen Marktwirtschaft die Gefahr besteht, dauerhaft die Mehrheitsfähigkeit zu verlieren.

Die CDU Hamburg hat darauf reagiert, dass eine große Partei des bürgerlichen Lagers um eine »Modernisierung« in den wichtigen Bereichen Bildung, Umwelt und Migration nicht herunkommt. In Hamburg leben fast 500.000 Bürgerinnen und Bürger, die einen Migrationshintergrund haben. Die spezifischen gesellschaftlichen Probleme dieser großen Bevölkerungsgruppe lassen sich nicht länger ignorieren. Die Koalition mit der GAL ist für die CDU eine Chance zur Öffnung und Modernisierung.

Für die Partei DIE LINKE gehen die Veränderungen nicht weit genug. Beispiel: die Primarschule – gemeinsames Lernen bis zur sechsten Klasse – ist ein wichtiger Schritt zu einer neuen Lern- und Schulkultur. DIE LINKE fordert allerdings die Ausrichtung der Bildungsreformen an einer Perspektive einer »Schule für alle«. Im Bereich Migration sind die Ansätze der schwarz-grünen Koalition so bescheiden, dass eine deutliche Verbesserung für die Bildungs- und Lebensbedingungen dieser großen Bevölkerungsgruppe nicht erwartet werden kann. Im Bereich der Justiz bleiben die Korrekturen gegenüber der Schill-Politik weit hinter den Anforderung einer bürgerrechtlich strukturierten Justiz zurück.

Unsere Hauptkritik zielt darauf, dass für viele Bürgerinnen und Bürger, die von Armut betroffen sind und auf Sozialtransfers nach Hartz IV angewiesen sind, nur minimale Ansätze zur Verbesserung ihrer Lebenslage erkennbar sind;

kostenloses Mittagessen in Kita und Schulen, Abschaffung der Kita-Gebühren, Aufhebung des Büchergeldes oder Wiedereinführung eines vernünftig ausgestatteten Sozialtickets – all diese dringlichen Anforderungen sind bei der neuen Senatskoalition Fehlanzeige. Das aufgestockte Programm der lebenswerten Stadt ist kein überzeugendes Angebot zur Zurückdrängung von Armutsstrukturen. Arbeitsmarktpolitik und die Bekämpfung der skandalösen 1-Euro-Jobs sind für die schwarz-grüne Koalition Fremdworte.

Die neue Regierung behauptet: Hamburg sei bei ihr in guten Händen. Mit Blick auf die bennannten Defizite und die maroden öffentlichen Finanzen bestreitet DIE LINKE diese Zukunftsperspektive der bürgerlichen Politik. Trotz guter Steuereinnahmen hat der Senat für die sich andeutenden schlechteren Konjunkturzeiten nicht vorgesorgt. Im Gegenteil: es wurden die Rücklagen geplündert und öffentliches Eigentum massiv verkauft, vor allem um die »Kathedralen«-projekte zu finanzieren. Mit seiner unseriösen Finanzpolitik verärgert der schwarz-grüne Senat selbst seine treuesten Anhänger. Handelskammer-Präses Frank Horch erinnert Senator Freytag an den Grundsatz: »Der Senat muss beherzigen, dass nur ausgegeben werden kann, was vorher eingenommen wurde.« In der Tat muss nun endlich die Wahrheit über die öffentlichen Finanzen auf den Tisch.

Durch die unseriöse Finanzpolitik gefährdet der Senat selbst seine bescheidenen Reformziele. Zur Entlastung des Haushalts der Stadt sollen die Hafendienste strukturell so umgestellt werden, dass sich der Hafenbetrieb finanziell selbst trägt. Die immensen Investitionen für den Ausbau der Hafeneisenbahn soll die Hafen Port Authority durch weitere Grundstücksverkäufe finanzieren. Ein weiterer Haushaltstrick des Systems Freytag: die rund 400 Schulgebäude, mit einem Sanierungsbedarf von rund 3 Milliarden €, sollen an die SAGA verschenkt werden; dieses stadteigene öffentliche Unternehmen soll mit Krediten den Investitionsstau beheben. Der Haushaltstrick: die unverzichtbaren Investitionen werden von öffentlichen Unternehmen getätigt, die sich mit neuen Krediten behelfen. Die Schulden werden gleichsam verschoben, um das Wahlversprechen einzulösen, keine neuen Schulden zu machen. Zu der Haushaltstrickserei gehören weiter: Steuererhöhungen, Verschieben von Projekten auf eine fernere Zukunft und Kürzungen bei bestimmten Haushaltstiteln. Einen heißen Herbst kündigt die Handelskammer der schwarz-grünen Koalition an. Wahrscheinlicher ist: Alle Beteuerungen von einer zukunftsorientierten, soliden Finanzpolitik werden als Illusionen entlarvt. Hamburg ist bei dieser Koalition keineswegs in guten Händen.

»DIE LINKE kniet sich in die Oppositionsrolle«



Die Hamburger Presse teilt der Arbeit der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft für die ersten 100 Tage gute Noten aus: Die MOPO notiert: »als Schmuttelkinder wurden ... die Linken bezeichnet, als sie im März erstmals in der Bürgerschaft Platz nahmen. Die schrägen Blicke sind mittlerweile weg ... Bis auf einige Patzer am Anfang schlägt sich die kleinste Fraktion nicht schlecht. Vor allem wenn man be-

denkt, dass acht Abgeordnete alle Themen abdecken«. Und selbst die einer Sympathie mit der LINKEN keineswegs verdächtige »Welt am Sonntag« aus dem Hause Springer konstatiert: »Ohne Fleiß kein Preis« – Nach diesem Motto kniet sich die Linkspartei voll in ihre Oppositionsrolle... Das anfangs noch belächelte Grüppchen schlägt sich im Parlament gar nicht so schlecht – wenn man bedenkt, dass die acht Ab-

geordneten zusammen all die Themen beackern, die andere Parteien auf 30 bis 40 Schultern laden können. Obwohl es inhaltlich reichlich Berührungspunkte zwischen SPD und der Linken gibt, sind beide Parteien nicht an einer engeren Zusammenarbeit interessiert. Vorerst zumindest nicht.«

Die »Welt am Sonntag« hat Recht: Die Abgeordneten der LINKSFRAKTION haben sich reingekniet und bislang bei den wichtigen Themen in der Hamburger Landespolitik mitgemischt. Was sind die Erfahrungen im Parlamentsbetrieb?

- Dieser ist strikt reguliert: ein bürokratisches System. In der aktuellen Stunde werden zwar durchaus Themen aus der politischen Öffentlichkeit und dem Alltagsleben aufgegriffen. Das Parlamentspräsidium achtet nicht nur auf eine dem hohen Hause angemessene Bekleidung, sondern auch darauf, dass der Hamburg-Bezug in den aktuellen Debatten gewahrt bleibt. Gleichwohl: viele Reden werden abgelesen, die Debatte ist oft steril und witzige Zwischenrufe haben Seltenheitswert. Die Aufmerksamkeit und Konzentration der Mitglieder des »hohen Hauses« lässt schnell nach und in Sachen Debattenniveau und -länge schneiden die Parteitage der LINKEN deutlich besser ab...
- Die LINKEN erhalten vom Präsidenten schon mal eine Ermahnung und bei einer solchen Operation ist bereits ein-

mal die Ordnungsglocke kaputtgegangen. Die tolerierte Anrede lautet »meine Damen und Herren«, auch »Koleginnen und Kollegen« geht noch durch; bei »Genossinnen und Genossen« greifte der Präsident ein.

- Die Hierarchie des Parlamentsbetriebes überträgt sich auf die Fraktion. Bislang halten sich die Defizite durch eine aufgezwungene Arbeitsteilung allerdings in Grenzen.
- Offenkundiger Vorzug der hanseatischen Kultur: über auf Personen gemünzte Pöbeleien müssen wir uns als Linke anders als unsere KollegInnen in anderen Parlamenten nicht beschweren.
- Bei Teilen der hanseatischen Exekutive genießen in Sachen Information die Oppositionsparteien keinen großen Respekt – dies trifft die KollegInnen von der Sozialdemokratie gleichermaßen.
- Durch Sprechstunden habe ich über Beschwerde führende BürgerInnen mir bislang völlig unbekannte Seiten der Freien und Hansestadt kennen gelernt. Beispiel: Zusammen mit meinem Kollegen Mehmet Yildiz und einer Familie, die Probleme mit ihrer beantragten Staatsbürgerschaft haben, habe ich mehrere Stunden auf den Fluren des Ausländeramts zugebracht. Dies war eine Lehrstunde in Sachen bürgernahe Verwaltung.

Litfaßäule: So? Oder doch lieber so?



Das partei- und initiativenübergreifende Vorgehen zum Erhalt der Litfaßsäule am Carl-von-Ossietzky-Platz hat ein erstes Zwischenergebnis gezeitigt: **Die Säule wird von der Hamburger Außenwerbung (HAW) nicht, wie vorgesehen, im August abgerissen!** Zudem soll demnächst ein Gespräch folgen, in dem die St. Georger Geschichtswerkstatt mit der HAW und dem Bezirksamt über die Umwidmung zur ersten kommunalen Litfaßsäule Hamburgs verhandelt. Denkbar wäre, dass alle relevanten Stadtteilgruppen die Möglichkeit erhalten, ihre Informationen und Ankündigungen direkt am Marktplatz zu veröffentlichen. Interessant wäre sicher auch, zwei, drei Mal



im Jahr eine übergreifende, vielleicht künstlerische oder historische Schwerpunktsetzung zu wählen.

Das ist sicherlich ein erster guter Erfolg, denn die HAW plant(e) ja, die mindestens seit 1950 existierende Litfaßsäule durch eine so genannte hinterleuchtete Säule zu ersetzen. Was das bedeuten würde, kann man neuerdings an der Ecke Kirchenallee/Bieberhaus »bewundern«. Welche der beiden Säulen mehr Charme versprüht, mögen die LeserInnen dieses Bürgerbriefes selbst entscheiden. Ich setze mich weiter für die bunte Vielfalt der kleinen Anschläge am Carl-von-Ossietzky-Platz ein.

Kultur Tipp: Das Metropolis am Steindamm

Am Donnerstag, den 14. August war großer Auftrieb in St. Georg: Mehr als 450 Gäste waren zur Eröffnung des »Metropolis« in den wiederhergerichteten Räumen des ehemaligen »Savoy-Kinos« gekommen. Ich gehörte zu ihnen und war beeindruckt sowohl vom Ambiente des Kinosaals als auch vom Filmklassiker »Lola Montez« von Max Ophüls.

Für drei Jahre soll Hamburgs ambitioniertes kommunales Kino am Steindamm 54 unterkommen, bis es 2011 wieder an die Dammtorstraße zurückzieht. In St. Georg hoffen wir natürlich darauf, dass der Zuspruch zum geschichtsträchtigen Breitwandkino am neuen Ort so großartig ist, dass die Metropolis-MacherInnen gar nicht umhin können, auch nach 2011 hier zu bleiben... Bis dahin müssen noch viele Kulturinteres-

sierte das Metropolis besuchen, sofern ihr Weg sie nicht inschräg gegenüber gelegenen Kabarett »Polittbüro« führt. In den nächsten Wochen präsentiert das Kino vor allem Cinemascope-Vorführungen, um die 20 Meter-Leinwand optimal zu bespielen: Ob das legendäre Wagenrennen in »Ben Hur« (am 22./23.8., jeweils um 17 Uhr) oder die Raumfahrtabenteuer von »Barbarella« (am 28.8. um 17 Uhr und am 29./31.8. jeweils um 19 Uhr in der englischen Originalversion): Der Kinogenuss ist garantiert! Das August-Programm sieht darüber hinaus eine Reihe wichtiger historisch-politische Filme vor, z.B. im Rahmen der Reihe »Fluchtpunkt Marseille – Leben im Exil 1933 bis 1941«. Das aktuelle Programm findet sich im Internet unter www.metropoliskino.de.

Die Fraktion der LINKEN
in der Bezirksversammlung
Hamburg-Mitte

Dr. Joachim Bischoff
Mitglied der Hamburgischen
Bürgerschaft für DIE LINKE

Hamburg, den 14.8.2008

Einladung zur Eröffnung des Abgeordnetenbüros der LINKEN in Borgfelde

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Hiermit möchten wir Sie/Euch herzlich einladen zur Eröffnung unserer neuen Büros, die gemeinsam getragen werden von der Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte, sowie dem Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis 1 für die Hamburgische Bürgerschaft, Dr. Joachim Bischoff.

Sonntag, 24. August 2008, 11:00 bis 15:00 Uhr Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg

Sie können in dieser Zeit nicht nur das Büro in Augenschein und Materialien in Empfang nehmen, sondern auch die BezirksparlamentarierInnen Sandra Clemens, Christine Detamble-Voss, Renate Hercher-Reis, Marcus Donath, Bernhard Stietz-Leipnitz und Ronald Wilken sowie den Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Joachim Bischoff kennen lernen. Zudem besteht die Möglichkeit, sich über programmatische Aussagen und anstehende Initiativen der LINKEN im inner-städtischen Bereich zu informieren.

Wir nutzen die Gelegenheit, auch auf die **Öffnungszeiten** hinzuweisen. Ab sofort ist das Büro **montags bis mittwochs von 11 bis 15 Uhr** besetzt. Die **BezirksparlamentarierInnen** halten ihre Sprechstunde jeweils **dienstags von 16 bis 18 Uhr** ab, **Herr Dr. Bischoff** freut sich über BesucherInnen **donnerstags zwischen 16 und 18 Uhr**. Auch **Elisabeth Baum**, ebenso Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN, wird als Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen. Ansonsten ist das Büro unter **Telefon 28 57 69 08** zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen
Tilman Rosenau, Geschäftsführer der Bezirksfraktion Mitte
Dr. Joachim Bischoff, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittentag« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.